

Mit 205 zu 217 Stimmen, die jeweils aus beiden Parteien kamen, hat das US-Repräsentantenhaus einen Antrag auf Einschränkung der NSA-Überwachungspraxis mit knapper Mehrheit abgelehnt.

LUFTPOST

Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 102/13 – 27.07.13

Das US-Repräsentantenhaus hat eine Einschränkung der Datensammlung der NSA mit knapper Mehrheit abgelehnt

Von Jonathan Weisman

The New York Times, 24.07.13

(http://www.nytimes.com/2013/07/25/us/politics/house-defeats-effort-to-rein-in-nsa-data-gathering.html?hp&_r=0)

WASHINGTON – Ein gespaltenes Repräsentantenhaus hat am Mittwoch einen Antrag zu einem Gesetz abgelehnt, mit dem der National Security Agency / NSA die Aufzeichnung unzähliger Telefonkontakte untersagt werden sollte; damit hat die Obama-Regierung im ersten Kräftemessen, das im Kongress zu den von Edward Snowden im letzten Monat enthüllten NSA-Überwachungsaktivitäten stattfand, einen schwer erkämpften Sieg errungen.

Mit 205 zu 217 Stimmen fiel das Ergebnis viel knapper, als erwartet, aus; vorher fand eine kurze aber leidenschaftlich geführte Debatte über den Schutz der Privatsphäre der Bürger und die Maßnahmen statt, die von der Regierung aus Gründen der Staatssicherheit ergriffen werden müssen. **Es war eine der seltenen Gelegenheiten, bei denen offen über ein geheimes Überwachungsprogramm eines US-Geheimdienstes diskutiert werden konnte.** Wegen der unterschiedlichen Meinungen über das Programm bildeten sich ungewöhnliche Koalitionen heraus.

Konservative Republikaner, die Obama Machtmissbrauch vorwerfen, taten sich mit liberalen Demokraten zusammen, die schon lange gegen die Schnüffelpraxis der Geheimdienste opponieren. Die Obama-Regierung machte gemeinsame Sache mit der Führung der republikanischen Mehrheit im Repräsentantenhaus, um die Verabschiedung des Antrags zu verhindern.

Abgeordnete, die der NSA Einhalt gebieten wollten, vertraten auch nach der Abstimmung noch die Meinung, dass die durch Snowdens Enthüllungen ausgelöste Wut der US-Bürger die NSA doch noch stoppen werde. Der demokratische Abgeordnete Jerrold Nadler aus New York, der die nach dem 11.09. ergriffenen Maßnahmen zur Terrorbekämpfung schon länger kritisiert, kündigte weitere parlamentarische Initiativen gegen "die mit dem Schleppnetz betriebene Sammlung von Metadaten" (s. <http://de.wikipedia.org/wiki/Metadaten>) in den Telefonnetzen und im Internet an.

Die Bestimmung aus dem Patriot Act (s. http://de.wikipedia.org/wiki/USA_PATRIOT_Act), auf die sich die NSA beruft, werde 2015 auslaufen. Die uneingeschränkte Überwachung werde – wenn nicht sofort – dann eben später enden, sagte Nadler. "Es bleibt nur offen, wann und unter welchen Bedingungen sie aufhört."

Der Abgeordnete Mike Rogers aus Michigan, der dem Geheimdienstausschuss des Repräsentantenhauses vorsitzt, kündigte für den Herbst eine eigene Vorlage an, mit der er die Regierung dazu bringen will, bei ihren Überwachungsmaßnahmen mehr Rücksicht auf

die Privatsphäre der Bürger zu nehmen; gleichzeitig empfahl er aber den Abgeordneten, den vorliegenden Antrag abzulehnen.

Der zu dem Gesetz zur Verabschiedung des jährlichen Verteidigungshaushalts von den Abgeordneten Justin Amash, einem liberalen Republikaner aus dem Westen Michigans, und John Conyers Jr., einem älterer liberalen Demokraten aus Detroit, eingebrachte Antrag war so umstritten, dass Demokraten gegen Demokraten und Republikaner gegen Republikaner stimmen.

Mit dem Antrag sollte die Telefonüberwachung der NSA auf Zielpersonen beschränkt werden, gegen die bereits Ermittlungsverfahren laufen; außerdem sollte er die Schleppnetz-Fahndung einschränken. Es war einer von vielen Anträgen, in denen es u. a. um die Kürzung der Zahlungen an die syrischen Rebellen und um die Kontrolle der Auslandshilfe für Ägypten, also um eine Beteiligung des Kongresses an den außenpolitischer Aktivitäten des Präsidenten Obama ging.

Bei dem Antrag zur Telefonüberwachung schienen sich der rechte und der linke Flügel des Repräsentantenhauses zunächst einig zu sein. Der republikanische Abgeordnete Raúl R. Labrador aus Idaho sprach sogar von einer "Flügelmutter-Koalition" und nannte den Abgeordneten Amash (einen der Antragsteller) den "Vater der Flügelmutter".

Amash begründete sein Vorpreschen mit dem im 4. Zusatzartikel zur US-Verfassung enthaltenen Verbot willkürlicher Durchsuchungen und Beschlagnahmen (s. http://de.wikipedia.org/wiki/4._Zusatzartikel_zur_Verfassung_der_Vereinigten_Staaten); in dem republikanischen Abgeordneten F. James Sensenbrenner Jr. aus Wisconsin fand er überraschenderweise einen Verbündeten, denn der war einer der Hauptautoren des Patriot Act. Sensenbrenner erklärte, bei seiner Arbeit am Patriot Act habe er nie daran gedacht, damit ein Programm zu ermöglichen, mit dem die Regierung die Telefongespräche aller US-Bürger aufzeichne.

"Es wird Zeit, damit aufzuhören," fügte Sensenbrenner hinzu.

Widersprochen haben ihm nicht nur Präsident Obama und John A. Boehner, der aus Ohio stammende Speaker (Vorsitzende) des Repräsentantenhauses, sondern auch führende Vertreter des Verteidigungsministeriums und der Geheimdienste.

Am Dienstag informierte General Keith Alexander, der Direktor der NSA, (ausgewählte) Abgeordnete in stundenlangen Geheimsitzungen über das Überwachungsprogramm, und das Weiße Haus wagte den ungewöhnlichen Schritt, die Abgeordneten in einer Erklärung zur Ablehnung des Antrages aufzufordern. Am Mittwoch setzte James L. Jones, ein pensionierter General der Marineinfanterie, der Obama von 2009 bis 2010 als Nationaler Sicherheitsberater gedient hat, seinen Namen unter einen offenen Brief, in dem mehr als ein halbes Dutzend führender Sicherheitsleute aus der Bush-Regierung gefordert haben, die NSA-Programme unangetastet zu lassen.

"Wenn der NSA der Zugriff auf die Daten untersagt wird, setzt das unsere Nation hohen Risiken aus," steht in dem Brief, der unter Abgeordneten kursierte, die sich noch nicht entschieden hatten.

Rogers (der Vorsitzende des Geheimdienstausschusses) griff den Abgeordneten Amash, der gern über soziale Medien kommuniziert, auch persönlich an; er warf ihm vor, es sei nicht üblich, über Facebook Stimmung gegen das Repräsentantenhaus zu machen, und

betonte, das Mitschneiden von Telefongesprächen sei ein wichtiges Instrument zur Verhinderung von Terrorangriffen.

"Das ist kein Spiel," rief Rogers wutentbrannt aus. "Da geht es um echte Gefahren."

Viele Hinterbänkler bei den Republikanern und Demokraten konnte er damit aber nicht beeindruckt. Der demokratische Abgeordnete Jared Polis aus Colorado, der den Antrag unterstützte, meinte, wenn die Obama-Regierung das NSA-Programm für so unverzichtbar halte, hätte der Präsident persönlich ein Statement dazu abgeben müssen und nicht Jay Carney, den Pressesekretär des Weißen Hauses, vorschicken dürfen.

"Der Pressesekretär äußert sich jeden Tag zu Hunderten von Sachverhalten," rügte Polis.

Die Spaltung des Kongresses scheint die Ambivalenz in der US-Bevölkerung widerzuspiegeln. In einer am Mittwoch veröffentlichten Umfrage des TV-Senders CBS hielten 67 Prozent der Befragten den Mitschnitt von Telefongesprächen im Auftrag der US-Regierung für eine Verletzung ihrer Privatsphäre. Gleichzeitig sahen 52 Prozent der Befragten in dieser Maßnahme ein wichtiges Instrument bei der Suche nach Terroristen.

Zuletzt drohte die Stimmung auch im Repräsentantenhaus noch zu kippen. In den ersten Wochen nach den Snowden-Enthüllungen schien es den gemeinsamen Bemühungen von Verteidigern der NSA-Überwachungsprogramme in der Kongressführung und in der US-Regierung zu gelingen, die von Snowden erhoffte Empörung unter der US-Bevölkerung abzuwürgen. Ihre Wut schien sich mehr auf (den Verräter) Snowden als auf die NSA-Programme zu richten, die er enthüllt hatte.

Obwohl die Medien und die Regierung immer wieder die Flucht Snowdens vor den US-Strafverfolgungsbehörden herausstellten, setzten sich um den Schutz der Privatsphäre besorgte Bürger, liberale Konservative und liberale Bürgerrechtler für Snowden ein. Abgeordnete des Repräsentantenhauses berichteten, sie hätten vor der Abstimmung am Mittwoch Hunderte von Anrufen und E-Mails erhalten, in denen eine Beschneidung der NSA-Programme gefordert wurde.

Am Ende widersetzten sich 94 republikanische Abgeordnete des Repräsentantenhauses ihrer Fraktionsführung, und 111 Demokraten – eine Mehrheit der demokratischen Fraktion – stimmten gegen eine ausdrückliche Empfehlung ihres Präsidenten.

"Das ist erst der Anfang," freute sich (Antragsteller) Conyers nach der Abstimmung. Der Kampf wird im Senat weitergehen; dort haben Mark Udall aus Colorado und Ron Wyden aus Oregon, zwei demokratische Senatoren, die schon lange die Überwachungspraktiken der NSA kritisieren, sofort das Problem aufgegriffen.

"Die Sicherheit unseres Staates ist zwar von höchster Bedeutung, aber die Schleppnetz-Datensammlung der NSA und der massenhafte Mitschnitt von Telefongesprächen verletzen die Privatsphäre unschuldiger US-Bürger und dürfen deshalb nicht fortgesetzt werden," erklärte Udall nach der Abstimmung. "Das knappe Abstimmungsergebnis im Repräsentantenhaus und das unerwartete Abstimmungsverhalten von Abgeordneten beider Parteien sollte ein Weckruf für das Weiße Haus sein."

Charlie Savage hat zu diesem Bericht beigetragen.

(Wir haben den Artikel komplett übersetzt und mit Ergänzungen und Links in Klammern und Hervorhebungen versehen. Warum hat eigentlich noch kein Abgeordneter der im Bundestag vertretenen Parteien die Bundesregierung aufgefordert, die Überwachung von Bürgern der souveränen Bundesrepublik Deutschland durch ausländische Geheimdienste sofort abzustellen? Anschließend drucken wir den Originaltext ab.)

The New York Times

July 24, 2013

House Defeats Effort to Rein In N.S.A. Data Gathering

By JONATHAN WEISMAN

WASHINGTON — A deeply divided House defeated legislation Wednesday that would have blocked the National Security Agency from collecting vast amounts of phone records, handing the Obama administration a hard-fought victory in the first Congressional showdown over the N.S.A.'s surveillance activities since Edward J. Snowden's security breaches last month.

The 205-to-217 vote was far closer than expected and came after a brief but impassioned debate over citizens' right to privacy and the steps the government must take to protect national security. It was a rare instance in which a classified intelligence program was openly discussed on the House floor, and disagreements over the program led to some unusual coalitions.

Conservative Republicans leery of what they see as Obama administration abuses of power teamed up with liberal Democrats long opposed to intrusive intelligence programs. The Obama administration made common cause with the House Republican leadership to try to block it.

House members pressing to rein in the N.S.A. vowed afterward that the outrage unleashed by Mr. Snowden's disclosures would eventually put a brake on the agency's activities. Representative Jerrold Nadler, Democrat of New York and a longtime critic of post-Sept. 11 counterterrorism efforts, said lawmakers would keep coming back with legislation to curtail the dragnets for "metadata," whether through phone records or Internet surveillance.

At the very least, the section of the Patriot Act in question will be allowed to expire in 2015, he said. "It's going to end — now or later," Mr. Nadler said. "The only question is when and on what terms."

Representative Mike Rogers of Michigan, the chairman of the House Intelligence Committee, promised lawmakers that he would draft legislation this fall to add more privacy protections to government surveillance programs even as he begged the House to oppose blanket restrictions.

The amendment to the annual Defense Department spending bill, written by Representatives Justin Amash, a libertarian Republican from Western Michigan, and John Conyers Jr., a veteran liberal Democrat from Detroit, turned Democrat against Democrat and Republican against Republican.

It would have limited N.S.A. phone surveillance to specific targets of law enforcement investigations, not broad dragnets. It was only one of a series of proposals — including restricting funds for Syrian rebels and adding Congressional oversight to foreign aid to Egypt — intended to check President Obama's foreign and intelligence policies.

But in the phone surveillance program, the House's right and left wings appeared to find a unifying cause. Representative Raúl R. Labrador, Republican of Idaho, called it "the wing nut coalition" and Mr. Amash "the chief wing nut."

Mr. Amash framed his push as a defense of the Fourth Amendment's prohibition against unreasonable search and seizure, and he found a surprising ally, Representative F. James Sensenbrenner Jr., Republican of Wisconsin and one of the principal authors of the Patriot Act. Mr. Sensenbrenner said his handiwork was never meant to create a program that allows the government to demand the phone records of every American.

"The time has come to stop it," Mr. Sensenbrenner said.

Opposing them were not only Mr. Obama and the House speaker, John A. Boehner of Ohio, but also the leaders of the nation's defense and intelligence establishment.

On Tuesday, the director of the National Security Agency, Gen. Keith Alexander, spent hours providing classified briefings to lawmakers about the program, and the White House took the unusual step of issuing a statement urging lawmakers not to approve the measure. On Wednesday, James L. Jones, the retired Marine Corps general who was Mr. Obama's national security adviser from 2009-10, added his name to an open letter in support of preserving the N.S.A. programs that more than half a dozen top national-security officials from the Bush administration had signed.

"Denying the N.S.A. such access to data will leave the nation at risk," said the letter, which was circulated to undecided members.

Mr. Rogers took a personal swipe at Mr. Amash, a darling of social media, when he said the House was not in the business of racking up "likes" on Facebook. He said the calling log program was an important tool for protecting against terrorist attacks.

"This is not a game," he fumed. "This is real. It will have real consequences."

But many rank-and-file Republicans and Democrats appeared impervious to such overtures. Representative Jared Polis, Democrat of Colorado and a supporter of the amendment, said that if the Obama administration felt strongly about defending the program, Mr. Obama would have spoken out personally. Instead, the White House released a statement under the name of the press secretary, Jay Carney.

"The press secretary says hundreds of things every day," Mr. Polis said.

The divisions in Congress seemed to reflect the ambivalence in the nation. In a CBS News poll released Wednesday, 67 percent of Americans said the government's collection of phone records was a violation of privacy. At the same time, 52 percent called it a necessary tool to help find terrorists.

But the final tally in the House suggested the tide was shifting on the issue. In the weeks after the Snowden leaks, the united voices of Congressional leaders and administration officials in support of the N.S.A. programs seemed to squelch the outrage Mr. Snowden had hoped for. Anger seemed to be trained more on Mr. Snowden than on the programs he revealed.

As the news media and the government chronicled Mr. Snowden's flight from law enforcement, a web of privacy activists, libertarian conservatives and liberal civil liberties pro-

ponents rallied support behind Congressional action. House members said they received hundreds of phone calls and e-mails before Wednesday's vote, all in favor of curtailing the N.S.A.'s authority.

Ultimately, 94 House Republicans defied their leadership; 111 Democrats — a majority of the Democratic caucus — defied their president.

"This is only the beginning," Mr. Conyers vowed after the vote. The fight will shift to the Senate, where two longtime Democratic critics of N.S.A. surveillance, Mark Udall of Colorado and Ron Wyden of Oregon, immediately took up the cause.

"National security is of paramount importance, yet the N.S.A.'s dragnet collection of Americans' phone records violates innocent Americans' privacy rights and should not continue as it exists today," Mr. Udall said after the vote. "The U.S. House of Representatives' bipartisan vote today proposal should be a wake-up call for the White House."

Charlie Savage contributed reporting.

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern